

## Wir werden ihn nicht los!

Die Bedrohung durch den radikalen Islamismus kann noch wachsen

Joachim Krause | **An eine diffuse Bedrohung durch „den Terrorismus“ hat man sich nicht nur hierzulande beinahe gewöhnt. Doch ist es notwendig, die Akteure und Motivationen des Terrorismus weiterhin klar zu benennen – und sich mit der Möglichkeit einer steigenden Radikalisierung muslimischer Staaten und Individuen auseinanderzusetzen.**

Sie ist wieder da: die Furcht vor terroristischen Anschlägen. Viele Monate lang war relative Ruhe an dieser Front. Zudem haben wir seit Ende 2009 mit Thomas de Maizière einen Bundesinnenminister, der Wert darauf legt, nicht als Alarmist zu gelten. Nun kamen Mitte November 2010 gerade von ihm und den ihm unterstehenden Behörden die schärfsten und konkretesten Anschlagswarnungen. Der Präsident der Bundespolizei, Matthias Seeger, erklärte, dass die Gefahr von Anschlägen noch nie so hoch gewesen sei. Es gäbe Hinweise, dass nicht nur eine, sondern gleich mehrere Gruppen von gewaltbereiten Islamisten Anschläge auf Ziele in Deutschland verüben wollten. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, benannte gar mögliche Ziele solcher Anschläge, wie den Bundestag, Flughäfen, Bahnhöfe oder Weihnachtsmärkte. Es wurde auch die Information verbreitet, wonach die Täter ähnlich vorgehen wollten wie im November 2008, als bewaffnete Attentäter in der indischen Metropole Mumbai durch die Stadt zogen, mehrere Ziele angriffen und über 160 Menschen töteten.<sup>1</sup> Diese Informationen kamen für Kenner der Szene nicht überraschend, ist doch bekannt, dass sich seit 2006 gewaltbereite Islamisten aus Deutschland und deutschsprachigen Ländern in afghanischen und pakistanischen Lagern aufhalten, um sich dort für Terroranschläge in Europa ausbilden zu lassen.<sup>2</sup>

Ende November passierte nichts. Danach ging die ritualisierte politische Debatte darüber los, ob das nicht alles übertrieben gewesen sei und nichts

---

<sup>1</sup> Vgl. Polizei rüstet sich für Anschlag, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.11.2010.

<sup>2</sup> Vgl. Michail Logvinov: Islamische Jihad Union – Al-Kaidas Turkzentrale?, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK): Jahrbuch Terrorismus 2009, Opladen 2009, S. 265–278; siehe auch Guido Steinberg: Die riskante Schwäche deutscher Sicherheitsbehörden, Welt Online, 21.11.2010.

anderes als eine Einstimmung auf verschärfte Gesetzgebungsvorlagen. Andere wiesen darauf hin, dass die Veröffentlichung von Informationen über anstehende Anschläge dazu beigetragen hätte, dass diese nicht stattfanden. Tatsächlich sollte die abschreckende Wirkung derartiger Ankündigungen nicht unterschätzt werden: Die Anschläge von Mumbai verliefen auch deswegen so verlustreich, weil die örtliche Polizei viel zu schwach ausgerüstet war und die indische Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung einen ganzen Tag benötigte, um zum Einsatzgeschehen zu gelangen.<sup>3</sup>

Dennoch bleibt die Frage, wie wir in Deutschland mit dem Problem des islamistisch motivierten Terrorismus umgehen. Der Hinweis der Bundeskanzlerin in ihrem wöchentlichen Video-Podcast vom 20. November 2010, dass Terrorismus und zerfallene Staaten die Herausforderungen der Zukunft seien, gegen die wir uns wappnen müssen, ist zwar nicht falsch – aber der Begriff des „Terrorismus“ an sich ist wenig hilfreich, weil Terrorismus eigentlich nur eine Form des politischen Kampfes ausdrückt. Der Begriff sagt nichts über die Qualität der Bedrohung aus und vor allem nicht, gegen wen sich der Kampf richtet. Die Bundeskanzlerin steht mit dieser Einschätzung nicht alleine dar. Liest man die entsprechende Stelle in dem neuen Strategischen Konzept der NATO vom 19. November 2010, so heißt es dort: „Terrorismus ist eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der Bürger in NATO-Ländern, für die internationale Stabilität und den Wohlstand generell. Extremistengruppen breiten sich weiterhin in Bereichen aus, die für die Allianz von strategischer Bedeutung sind, und durch moderne Technologien vergrößern sich die Bedrohung und der potenzielle Schaden, die von Terroranschlägen ausgehen, insbesondere wenn Terroristen in den Besitz von nuklearen, chemischen, biologischen oder radiologischen Waffen kommen.“<sup>4</sup>

Statt allgemein von Terrorismus muss eindeutig vom extremistischen Islam gesprochen werden

## Die Gefahr benennen

Wie gehen die westlichen Staaten mit der Herausforderung durch den gewaltbereiten und extremistischen politischen Islam (Islamismus) um? Davon ist im NATO-Konzept an keiner Stelle explizit die Rede, wengleich man auf diese Problematik an verschiedenen Stellen indirekt angestoßen wird: bei den Themen Terrorismus, Raketenabwehr und Afghanistan.

Die Bedrohung durch den extremistischen Islamismus existiert seit mindestens 30 Jahren, aber es ist offenbar westlichen Politikern immer noch nicht möglich, diese Gefahr beim Namen zu nennen. Stattdessen wird immer wieder die Bedrohung durch „den Terrorismus“ beschworen – und vor allem in der extremsten und vermutlich unwahrscheinlichsten Variante des Terrorismus mit Kernwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen. Eine lobenswerte

<sup>3</sup> Vgl. Diana Witt: Die Terroranschläge von Mumbai vom November 2008, in: ISPK: Jahrbuch Terrorismus 2009 (Anm. 2), S. 173–184.

<sup>4</sup> Active Engagement, Modern Defense. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation adopted by Heads of State and Government in Lisbon, 19.11.2010, Artikel 10.

Ausnahme ist der amerikanische Präsident Barack Obama, der seit einiger Zeit nicht mehr vom „Terrorismus“ an sich spricht, sondern von der Bedrohung durch den extremistischen Islam. Warum findet sich eine solche Sprache nicht in Dokumenten der NATO und der Bundesregierung wieder? Warum tun sich unsere Politiker so schwer damit, die Natur dieser Bedrohung zu begreifen und diese auch in einer demokratischen Öffentlichkeit zu vermitteln?

Der amerikanische Soziologe Paul Berman hat die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus mit der Bedrohung westlicher Gesellschaften durch totalitäre Ideologien im 20. Jahrhundert verglichen. Der extremistische politische Islam, so Berman, habe noch nicht die Durchschlagskraft der totalitären Bewegungen Faschismus, Nationalsozialismus oder Stalinismus erreicht; insbesondere kontrollierten extremistische Islamisten noch keine Staaten, in denen

Der extremistische Islam  
ähnelt den totalitären  
Ideologien des  
20. Jahrhunderts

sie eine totalitäre Kontrolle über die Bevölkerung ausüben. Aber, so Berman, sie hätten eine Ideologie und eine Gewaltbereitschaft, die sich nicht wesentlich von den oben genannten Ideologien unterschied, bevor diese eine totalitäre Gewaltherrschaft ausübten. „Totalitäre Bewegungen“, so Berman weiter, „erheben sich so gut wie

immer in Rebellion gegen die liberalen Wertvorstellungen des Westens. Das ist ihr Ziel und Zweck.“<sup>5</sup> Der extremistische politische Islam, so Berman, sei der zweite Versuch (nach der Baath-Bewegung) in der muslimischen Welt eine den europäischen totalitären Ideologien nachgebildete extremistische Ideologie zu verankern. Und so wie die liberalen Demokratien in den dreißiger und vierziger Jahren die fundamentale Bedrohung durch diese Ideologien nicht erkannt hätten, so täten sich die heutigen Demokratien schwer, den Charakter der Bedrohung durch den radikalen politischen Islam zu verstehen.

### Unterschiedliche Bedrohungen

Man sollte nicht jede Behauptung einer Analogie mit Faschismus und Kommunismus ungeprüft übernehmen, und man sollte sich auch davor hüten, den politischen Islam gleich mit dem *extremistischen* politischen Islam gleichzusetzen. Aber vieles von dem, was Berman ausführt, stimmt und sollte uns zu denken geben. Der extremistische politische Islam bedroht uns heute auf vielen Gebieten und die westliche Staatenwelt – auch und gerade die Bundesrepublik – ist weit davon entfernt, eine kohärente Politik formuliert zu haben. Dabei muss man sehen, dass die Natur der Herausforderungen sehr unterschiedlich ist. Im Grunde gibt es mehrere Typen von Bedrohungen durch den islamistischen Extremismus, wobei besonderes Augenmerk auf das Zusammenwirken solcher Bedrohungen zu legen ist.

1. Es gibt das Netzwerk Al-Kaida, das eine extreme religiöse Ideologie sunnitischer Richtung verfolgt und eine globale Agenda hat. Ziel ist es in erster Linie, die bestehenden Regierungssysteme in den muslimischen Ländern zu stürzen und dort „gottesstaatliche“ Regime einzusetzen, die sich streng der Scharia ver-

---

<sup>5</sup> Paul Berman: Terror und Liberalismus. Hamburg 2004, S. 133.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Polaris / Laif

pflichtet fühlen. Dabei geht man offenkundig davon aus, dass Kriege, Bürgerkriege und Instabilität in diesen Ländern die besten Voraussetzungen für die Einführung solcher Regime sind. Die Konfrontation mit dem Westen, insbesondere mit den USA, wird als ebenso unvermeidlich wie wünschenswert angesehen. Al-Kaida und die mit diesem Netzwerk zusammenarbeitenden, mehr oder weniger gleichgesinnten Gruppen sind extrem gewaltbereit und würden vermutlich auch nicht vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen zurückschrecken. Sie wählen das Instrumentarium des Terrorismus, weil sie sich in einer ungünstigen, asymmetrischen Lage befinden. Die langfristigen politischen Ziele laufen auf die Kontrolle von Territorien oder gar von Staaten hinaus, die ihnen die Möglichkeit böten, ihren Anliegen weltweit viel mehr Gewicht zu verleihen. Daher besteht seitens Al-Kaida ein starkes Interesse daran, im Irak nach einem Bürgerkrieg die Macht an sich zu reißen. Auch Pakistan ist durch seine für den globalen Dschihad geeigneten Kernwaffen besonders in das Visier Al-Kaidas geraten. Und ebenso ist Saudi-Arabien Ziel der strategischen Ambitionen Al-Kaidas. Wenngleich es paradox klingt: Die Tatsache, dass sich Al-Kaida immer noch auf der Ebene terroristischer Operationen befindet, ist aus westlicher Sicht ein Gewinn. Zwar gelingt es Al-Kaida mit immer wieder neuen Konzepten, den Terror in westliche Staaten zu tragen (wie erst im Dezember in Stockholm geschehen), aber diese Anschläge bleiben politisch so lange zweitrangig, wie es dem Netzwerk nicht gelingt, die Kontrolle über Territorien und Staaten zu erlangen.

2. Es gibt islamistische Organisationen, die sich territorial beschränken und deren Hauptziel es ist, zu traditionellen Formen des islamischen Lebens zurückzukehren. Die Gewaltbereitschaft dieser Gruppen ist häufig ebenfalls hoch, aber ihre politischen Ziele sind begrenzt. Die Taliban in Afghanistan und Pakistan gehören zu dieser Kategorie. Ihr Ziel besteht darin, wie es ein kundi-

Gewalt und soziales Engagement:  
Für Hisbollah und Hamas ist die islamistische Ideologie eher Mittel zum Zweck

ger Beobachter ausgedrückt hat, eine traditionelle Stammesgesellschaft basierend auf einer strengen Auslegung der Scharia zu schaffen, wobei eine hohe Skepsis, um nicht zu sagen Ablehnung, der Moderne festzustellen ist. Andere islamistische Organisationen Afghanistans, wie die Hisb-i Islami oder das Mudschaheddin-Netzwerk, zählen ebenso dazu.<sup>6</sup>

3. Diese Organisationen müssen von radikalen und extremistischen Milizen unterschieden werden, die sich aus politischen Konfliktlagen heraus gebildet haben (insbesondere dem Kampf gegen Israel oder aus innenpolitischen Konflikten im Irak, Libanon oder Jemen) und für die die islamistische Ideologie eine eher instrumentelle Funktion hat (d.h. sie könnten auch eine andere haben). Hierzu muss man die sunnitisch ausgerichtete Hamas im Gaza-Streifen ebenso zählen wie die schiitische Hisbollah im Libanon oder die gleichfalls schiitische Mahdi-Miliz im Irak. Sowohl die Hamas als auch die Hisbollah kontrollieren dabei Territorien. All diese Milizen wenden terroristische Methoden an, sind aber auch anderweitig aktiv, teilweise fungieren sie sogar als soziale Hilfsorganisationen.

4. Man muss die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es radikalen islamistischen Kräften gelingt, die Macht in einem Staat zu übernehmen. Das Beispiel Deutschlands der dreißiger Jahre zeigt diesen Organisationen, dass sie ihr Machtpotenzial substanziell vergrößern können, wenn es ihnen gelingt, die Macht in einem Staat mit großen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen zu ergreifen. Es muss allerdings nicht immer so ausgehen wie in Deutschland. Mit dem Iran haben wir das Beispiel eines Staates, der sich seit mehr als 30 Jahren in den Händen extremer und teilweise extremistischer Islamisten schiitischer Richtung befindet und der in vielfacher Weise zu einer Bedrohung seiner Nachbarn geworden ist. Andererseits hat sich der Iran seither gewandelt, seine Politik wird durch die komplexe Dynamik der innenpolitischen Konkurrenz unterschiedlicher Elitegruppen jedoch auf einen zunehmend gefährlichen Kurs gebracht (vor allem durch das Nuklear- und das Raketenprogramm).

5. Es existiert ein breites Spektrum radikaler islamistischer Kräfte, die selber nicht oder nur begrenzt gewalttätig sind, die aber mehr oder weniger starke Sympathien für Extremisten aufweisen. Dazu gehören zum einen Parteien, die – wie die Muslimbruderschaft in Ägypten – weitgehend im Untergrund operieren, zum anderen aber auch Parteien, die einer Regierung angehören. Radikale Islamisten gibt es auch in Europa, wo sie vor allem in islamistischen Gegengesellschaften operieren.

### Kein baldiges Ende in Sicht

Was bedeutet dies alles für die Politik westlicher Gesellschaften? Wir müssen davon ausgehen, dass die radikale und vor allem die extremistische Variante des politischen Islams uns für die nächsten Jahrzehnte weiterhin in Atem halten

---

<sup>6</sup> Vgl. Conrad Schetter: Der Antistaat Talibanistan, in: Joseph Braml, Thomas Risse, Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Einsatz für den Frieden. Jahrbuch Internationale Politik, München 2010, S. 114–122.

wird. Die dabei entstehenden Bedrohungen ergeben sich vor allem aus dem Zusammenwirken folgender Faktoren:

- Die Gefahr terroristischer Anschläge in der muslimischen Welt, in den USA, in Westeuropa, in Indien, China und Afrika wird weiterhin bestehen bleiben und vermutlich sogar noch wachsen. Al-Kaida wird so lange terroristische Aktionen durchführen, wie sie keine staatlichen Strukturen kontrolliert. Dabei wird sie angesichts des hohen Fahndungsdrucks seitens der westlichen Staaten immer neue Konzepte und Taktiken entwickeln. Ziel ist es, innerhalb der islamischen Welt die Attraktivität des von ihr vertretenen Politikansatzes zu vergrößern und ihre Feinde im Westen zu destabilisieren und zu schwächen. Das bedeutet, dass wir mit terroristischen Bedrohungen werden leben müssen. Angesichts der Alternative – Al-Kaida oder mit ihr sympathisierende Kräfte übernehmen Pakistan und/oder Saudi-Arabien oder den Irak – ist das strategisch gesehen immer noch relativ unbedeutend.
- Wir werden uns mit der Möglichkeit auseinandersetzen müssen, dass extremistische Islamisten die Macht in Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien oder dem Irak tatsächlich übernehmen könnten. Derzeit werden solche Szenarien nur in kleinen Zirkeln diskutiert, aber sie könnten eines Tages bittere Realität werden und die Initialzündung für einen großen, strategischen Konflikt abgeben.
- Wir werden uns noch stärker als bisher mit Problemen befassen müssen, die unsere Streitkräfte oder Streitkräfte verbündeter Staaten mit dem islamistischen Volkskrieg haben. Es hat sich mittlerweile an vielen Schauplätzen der muslimischen Welt eine Art islamistische Variante der seinerzeit von Mao propagierten Doktrin des Volkskriegs herausgebildet, die moderne Streitkräfte vor große Herausforderungen stellt. Wir erleben es in Afghanistan. Noch schwerer tun sich die israelischen Streitkräfte mit der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gaza-Streifen, die sich geradezu uneinnehmbare Sanktuarien geschaffen haben, aus denen heraus sie asymmetrische Operationen starten.<sup>7</sup>

Zudem beginnt der Kampf gegen den extremistischen Islam in Deutschland selbst, denn es gibt eine zahlenmäßige kleine, aber dennoch hochaktive extremistische Islamistszene in Deutschland, die mehr oder weniger enge Kontakte zu Taliban, Al-Kaida und verschiedenen Mittlerorganisationen pflegt. Die Austrocknung dieser Szene durch politische wie polizeiliche Maßnahmen wird eine der wichtigsten Beiträge deutscher Politik zur Verhinderung von blutigen Anschlägen nicht nur bei uns sein.



Prof. Dr. JOACHIM KRAUSE lehrt Politikwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

<sup>7</sup> Vgl. Joachim Krause: Der Gaza-Krieg. Ist Abschreckung gegen den islamischen Volkskrieg möglich?, in: ISPK: Jahrbuch Terrorismus 2009 (Anm. 2), S. 109–138.